

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Der neue Reichstarifvertrag allgemeinverbindlich.

Das Gesetz der Kontrahenten des am 17. Februar nach einigen Abänderungen und weiteren prozessualen Erklärungen um ein weiteres Jahr verneinlichen Reichstarifvertrages für das Malergewerbe um Verfügung der Allgemeinverbindlichkeit ist nunmehr folgender Bescheid des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung ergangen:

Berlin NW. 40, Scharnhorststr. 35, 30. April 1927.
Präsident der Reichsarbeitsverwaltung.
(Tarifabteilung.)
Nr. IV 1877/219.

Entscheidung.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Beschlusses vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzblatt S. 67) allgemeinverbindlich erklärt:

- Vertragsparteien
- a) auf Arbeitgeberseite:
Reichsbund für das Deutsche Malergewerbe e. V.
 - b) auf Arbeitnehmerseite:
Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands, Hamburg;
Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufsangehöriger Deutschlands, Düsseldorf;
Gewerksverein der Maler, Lackierer, Anstreicher und graphischen Berufe Deutschlands (S.-V.), Berlin.

Abgeschlossen am 17. Februar 1927 (Vereinbarung);
Nachtrag zum allgemeinverbindlichen, am 23. Februar 1926 in Kraft getretenen Reichstarifvertrage.
Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:
Gewerbliche Arbeiter im Malergewerbe mit Ausnahme der Betriebe, für die besondere Tarifverträge bestehen.

Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:
Gebiet des Deutschen Reiches mit Ausnahme der Provinzen Ober- und Niederschlesien, Rheinland und Westfalen. Die Ausdehnung der allgemeinen Verbindlichkeit auf die beiden letzteren Provinzen bleibt vorbehalten.

Die Allgemeinverbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 7 Ziffer 10 letzter Satz und § 13 sowie nicht auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge, soweit durch Handwerkskammern oder Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse anderweitige Bestimmungen getroffen sind oder getroffen werden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 16. Februar 1927.

Im Auftrage: Dr. Busse.
Eingetragen am 6. Mai 1927 auf Blatt 7920 lfd. Nr. 7 Tarifregisters.

Der Registerführer (Unterschrift).
Zwei Abdrücke der Vereinbarung sind nach der Verordnung vom 21. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 1128) Reichsarbeitsverwaltung (Abt. IV), Berlin NW. 40, Scharnhorststraße 35, für das Tarifarchiv zu übersenden.

Die Hebung der Kaufkraft der Massen

Beste Maßnahme, die Wirtschaft gesunden zu lassen ist die in dieser gesunden Verfassung stabil zu halten. Eine volkswirtschaftliche Ueberlegung, die in Amerika schon Teil in die Tat umgesetzt wurde, und die auch in Deutschland erfreulicherweise immer mehr an Boden gewinnt, ist die alte Theorie namentlich im Hinblick auf die Arbeitskraft in erster Linie als Unkostenfaktor der Produktion zu werten. Löhne und Gehälter werden als Belastung empfunden und nicht als eine Aufsaugungsquelle der industriellen Erzeugnisse. Daraus ergibt sich die Forderung, die Löhne und Gehälter zu erhöhen, damit die Menschen bei gefüllten Warenlagern hungern. Dies hat mit seinen Schriften dem europäischen Unternehmertum die Gedanken beizubringen versucht, daß hohe Löhne die Voraussetzung einer fortschreitenden Kultur sind. In den Abhandlungen sind nur zum Teil auf günstigen Boden gefallen. In Nummer 14 des „Wirtschaftsdienst“ finden wir einen Artikel von Dr. Fritz Marbach gut formulierte Gedanken zu obigem Thema. Wir lesen dort: „In dem von politischen Bestrebungen und altmodischen Lehrmeinungen entblößten, sagen wir „außer-

planetarischen“ Beobachter unseres europäischen Wirtschaftens würde wohl in erster Linie auffallen, daß wir über gefüllte Rohstofflager und Speicher verfügen, daß die zum Teil auf äußerster Rationalisierung beruhenden geübten Leistungen befähigt sind, daß die Technik Rekorde und die Forschung Wunder schafft, daß wir aber die Produkte unseres Wirtschaftens nicht absetzen vermögen, weil ein im Verhältnis zu den aufgestapelten oder noch schaffensmäßigen Gütern sehr großes Defizit der Kaufkraft besteht. Die allgemeine Konsumkraft steht in einem Mißverhältnis zur Produktionskapazität, die bedeutend größer ist als die zu ihrer Vollausnutzung notwendigen Konsumkraft. . . . Eine stets fortschreitende Erweiterung der Produktionskapazität hat nur dann einen volkswirtschaftlichen Sinn,

GELÖBNIS

Wir wollen, daß die arbeitende Klasse frei werde von wirtschaftlicher Ausbeutung; daß sie gleich werde allen anderen Gliedern der Gesellschaft.

Wir geloben brüderliche Kameradschaft allen, die mit uns verbunden sind für die gleichen Aufgaben und das gleiche Ziel.

Unwandelbare und unverbrüchliche Treue der gewerkschaftlichen Organisation, die uns führen soll, und der wir dienen wollen!

wenn vorauszusehen ist, daß die bisherigen Produktionsmöglichkeiten einer vollen Ausnutzung entgegengehen. Planlose Steigerung der Güterproduktion ohne Vermehrung der totalen Konsumkraft muß zu katastrophalen Krisen führen. Das wird besonders ersichtlich im Zeitalter der Rationalisierung, weil die Rationalisierung eng verbunden ist mit der Tendenz der Fabrikation von Standardwaren, das heißt, von Produkten, deren Absatz abhängig ist vom Stande der Massenkaufkraft.

Die weitere Frage, ob es wichtiger ist, den Sparsinn zu pflegen oder erhöhte Einkünfte dem Konsum zuzuführen, beantwortet der Verfasser so: „Da im gegenwärtigen Zeitpunkt die Produktionsfähigkeit unserer Wirtschaft größer ist als die Produktionsleistung, scheint es wenig Sinn zu haben, durch übertriebenes Sparen neue Kapitalien für neue Produktionsrichtungen zur Verfügung zu stellen und damit den Absatz der ohnehin nicht vollbeschäftigten Betriebe weiter zu stören. In erster Linie muß unter heutigen Umständen ein Produktionsstimulus von der Konsumseite her erfolgen, und erst wenn die Produktionskapazität der Wirtschaft voll ausgenutzt wird, wird es volkswirtschaftlichen Sinn haben, den rückzuliegenden Teil der Einkünfte auf Kosten des im direkten Konsum umzusetzenden zu vergrößern, damit die Wirtschaft die zur Erweiterung der Produktionskapazität notwendigen Kapitalien zur Verfügung gestellt werden können. . . . Das aber ist gerade der Sinn der technischen Fortschritte, daß, solange man nicht die Ruhezeit verlängert, der Anspruch an das Leben steigen darf und wohl auch steigen muß — im Zeitalter des Massenproduktes auch seitens der Massen.“

Dann verweist Dr. Marbach auf die günstige Wirkung der gesteigerten Kaufkraft in Amerika. Auch auf die Schweiz wird verwiesen und angeführt, daß die Schweiz, obwohl sie unter der Einpferdung Europas in tausendfacher Zoll- und Produktionschranken zu leiden habe, gegenwärtig nur 12 000 Arbeitslose hat. Eine so günstige wirtschaftliche Lage konnte nur erzielt werden, weil der Innenmarkt während der Zeit sinkenden Exportgeschäftes fast über Erwarten befriedigend ist. „Eine Hauptursache dieses befriedigenden Innenmarktes sind die (im Verhältnis zu anderen europäischen Staaten) relativ hohen Löhne. . . Diese Reallohnzunahme in der Zeit fallenden Exports vermochte durch ihre Anregung des Innenmarktes einen Teil des der Wirtschaft durch die ungenügende Außenhandelslage zugefügten Schadens aufzufangen. Hätte die Schweiz die Kräfte überborden lassen, deren Bestrebungen nach einem Vorauseilen der Lohnsenkung vor der Lebenskostensenkung gerichtet waren,

so würde sie wahrscheinlich heute von einer Krise und nicht nur von einer Depression reden müssen.“

Wir haben die wichtigsten Stellen des Artikels im „Wirtschaftsdienst“ hier wiedergegeben, weil uns die Begründung des Verfassers außerordentlich klar und wichtig erscheint. Gerade das schweizerische Beispiel zeigt, wohin die Stärkung der Massenkaufkraft führt. Die Schweiz hat weder Rohstoffe zur Verfügung, noch wird der Lebensmittelbedarf aus eigener Erzeugung gedeckt. Dennoch konnte durch verhältnismäßig hohe Löhne eine Krise verhindert werden. Die Schweiz hat eine Größe wie die Stadt Berlin. Wie würde es wirksam sein, wenn das große Industriegebiet Deutschland eine ebenso günstige Hebung der Massenkaufkraft erhalten würde! Dann würde auch die Arbeitslosigkeit in Deutschland ihre Schrecken verlieren. Nun, die Gewerkschaftsbewegung ist berufen, diesen Zustand herbeizuführen.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Der seit Monaten anhaltende Rückgang von Geschäftsaussichten und Konkursen hat die Hoffnung genährt, daß die gegenwärtige Krise ihren tiefsten Punkt überwunden hat und die deutsche Wirtschaft einem stetigen, wenn auch langsamen Aufstieg entgegengeht. Und tatsächlich lassen die Berichte der Banken und die Veröffentlichungen industrieller Unternehmungen darauf schließen, daß 1926 ein gutes Geschäftsjahr war. Aber was der Großindustrie und den Geldinstituten großen Gewinn brachte, hat sich bisher wenig segensreich für die Allgemeinheit erwiesen. Wohl wissen die Landesarbeitsämter seit einigen Wochen von einer Zunahme der offenen Stellen bei gleichzeitiger Minderung der Arbeitsuchenden zu berichten, wenn sie auch zugeben müssen, daß die Besserung noch nicht für alle Berufe fühlbar in Erscheinung tritt, ja in einzelnen noch eine Zunahme zu verzeichnen ist. Unter den Branchen mit einem Anziehen der Konjunktur sind das Baugewerbe und die Baunebenberufe hervorragend beteiligt. In der bürgerlichen Presse ist vor kurzem für einige Landesteile erneut das Gespenst des Facharbeitermangels im Baugewerbe und sogar auch für das Malergewerbe wieder an die Wand gemalt worden.

Die Unternehmer im Maler- und Lackierergewerbe haben in den letzten Jahren durch vermehrte Einstellung von Lehrlingen dafür gesorgt, daß diese Befürchtung für unsern Beruf durchaus unbegründet ist; sie haben sogar den Anteil für den nach 1930 etwa ausfallenden gewerblichen Nachwuchs vorweggenommen, was die nächsten Jahre zeigen werden, wenn nicht ein geradezu glänzender Geschäftsgang eintreten sollte. Obwohl die Jahreszeit äußerst günstig ist, konnten wir durch die Erhebung über die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder für Ende April noch eine große Zahl von erwerbslosen Berufsangehörigen feststellen.

Von den 174 ausgegebenen Berichtskarten sind 143 rechtzeitig zurückgesandt worden. In den berichtenden Filialen sind von 38 338, davon 158 weiblichen Mitgliedern 2381 männliche und 1 weibliches, zusammen 2382 oder 6,2 vom Hundert der erfaßten Gesamtmitgliedschaft als arbeitslos gemeldet worden. Das ist zwar nach der unten eingefügten Tabelle eine Besserung gegen den Vormonat von 8 % und gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres von 2,7 %, das Ergebnis zeigt aber, daß der berufliche Arbeitsmarkt immer noch stark belastet ist. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß eine Anzahl von Orten, die Ende März noch stark an der Arbeitslosigkeit beteiligt waren, jetzt keine Erwerbslosen mehr hat.

| Monat | Es berichteten Filialen | | Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats | | Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats | | Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche | |
|----------|-------------------------|------|--|--------|---|--------|---|------|
| | 1926 | 1927 | 1926 | 1927 | 1926 | 1927 | 1926 | 1927 |
| Januar | 147 | 146 | 37 107 | 41 486 | 14 507 | 15 830 | 39,1 | 38,1 |
| Februar | 152 | 144 | 40 144 | 40 893 | 12 868 | 13 772 | 32,0 | 33,7 |
| März | 140 | 148 | 36 691 | 41 492 | 6 629 | 5 916 | 18,1 | 14,2 |
| April | 134 | 143 | 39 428 | 38 338 | 3 501 | 2 382 | 8,9 | 6,2 |
| Mai | 144 | — | 41 266 | — | 3 855 | — | 9,3 | — |
| Juni | 141 | — | 39 938 | — | 4 479 | — | 11,2 | — |
| Juli | 144 | — | 40 323 | — | 4 336 | — | 10,7 | — |
| August | 141 | — | 41 345 | — | 5 421 | — | 13,1 | — |
| Sept. | 140 | — | 40 720 | — | 5 580 | — | 13,7 | — |
| Oktober | 150 | — | 41 369 | — | 7 167 | — | 17,3 | — |
| Nov. | 147 | — | 41 194 | — | 9 471 | — | 23,0 | — |
| Dezember | 134 | — | 40 143 | — | 13 506 | — | 33,6 | — |

Relativ günstiger ist das Ergebnis der Kurzarbeiterzählung. Die Zahl der Kurzarbeiter ist von 1170 im Februar und von 345 im März im Berichtsmonat auf 148, davon 20 weibliche Beschäftigte, gesunken. Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt: für 40 Mitglieder bis zu 8 Stunden; für 34 Mitglieder um 9 bis 16 Stunden; für 16 männliche und 13 weibliche Mitglieder um 17 bis 24 Stunden und

Jedes neugewonnene Mitglied erhöht die Kraft der Organisation

für 45, davon 7 weibliche, Mitglieder um mehr als 24 Stunden. Wie wir dem „Reichsarbeitsblatt“ entnehmen, ist eine günstigere Geschäftslage und eine wesentliche Verminderung der Arbeitsgesuche besonders in der Metall- und Maschinenindustrie zu verzeichnen.

Das diesmalige Ergebnis leidet darunter, daß einige große Filialen nicht rechtzeitig berichtet haben. In unserer Zusammenstellung fehlen, vom 1. Bezirk: Berlin, Eberswalde, Fürstenwalde, Hindenburg, Hoyerwerda, Insterburg, Landeshut, Landsberg a. d. W., Eleggitz, Rathenow, Schneidemühl und Witttenberge; vom 2. Bezirk: Alschaffenburg und Saarbrücken; vom 3. Bezirk: Emden, Oldenburg und Osnabrück; vom 4. Bezirk: Düren, Elberfeld, Hagen, Hamborn, Lüdenscheid, Deynhausen und Wesel; vom 5. Bezirk: Vornburg und Gotha; vom 6. Bezirk: Konstanz, Lahr, Pforzheim und Pirmasens; vom 7. Bezirk: Passau. Nachträglich, aber zu spät eingegangen, um in die Verarbeitung noch einbezogen zu werden, sind die Karten von Eberswalde, Gotha, Landeshut und Deynhausen.

Stichtag für die Erhebung im laufenden Monat ist Sonntag, 28. Mai. Wir ersuchen, die ausgefüllte Berichtskarte spätestens bis 3. Juni an den Vorstand einzusenden, damit das Ergebnis noch vor der Nürnberger Generalversammlung fertiggestellt werden kann.

Faschismus und deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Gar viel wurde in Deutschland während der letzten Zeit vom Auskommen einer faschistischen Bewegung sowohl geschrieben als auch geredet. Dies insbesondere im Zusammenhang mit dem schon seit Monaten angekündigten Stahlhelmtag, der nunmehr am 8. Mai in Berlin stattgefunden hat.

Wer draußen in der Provinz von den Vorbereitungen zu diesem Reichstreffen der Schwarzweißrot-Frontler las, das die Reichshauptstadt in Erstaunen setzen sollte, und wer Kunde von den geplanten demonstrativen Gegenmaßnahmen der Berliner Kommunistischen Partei, der konnte die Befürchtung hegen, es würde zu blutigen Zusammenstößen, zum gewaltsamen Eingreifen der bewaffneten Macht kommen. Nichts von dem ist geschehen, und wenn den Stahlhelmsontag irgendetwas charakterisierte, so die kühle Ablehnung von Seiten der großen Berliner Bevölkerung und deren Zurückhaltung, die selbst in kommunistischen Kreisen geübt wurde. Berlin empfing die Stahlhelmer nicht mit offenen Armen, Hurrageschrei und Fahnenwinken; daß hier und da aus den Fenstern eine Fahne in den alten monarchistischen Reichsfarben herausging, in den Durchzugsstraßen ein „Heil, Heil!“ gerufen ward, kommt nur als unbedeutende Abweichung von der den Stahlhelmen ablehnenden Allgemeinmeinung Berlins in Betracht. Im großen und ganzen blieb die Veranstaltung einem Kriegervereinsrummel alten Stils mit der viel-sagenden Zugabe eines das Ganze beschühnend umspannenden Polizeiaufgebots; Polizisten zu Fuß, zu Pferde und per Auto hinten und vorn, jeden nicht zur Kohorte Gehörenden in mindestens Zehnmeterabstand entfernt haltend.

Die Beteiligung an dem Stahlhelmaufmarsch war nicht unbedeutend; das geschlossene Auftreten, gedeckt durch zahlreiches Polizeiaufgebot, machte jeden Versuch einer aggressiven Gegendemonstration gegenstandslos; eine Parole an die Arbeitererschaft für Fernhaltung von allen Straßen, die von den Hakenkreuzbrüdern berührt werden, hätte bei strengster Befolgung den Geist der Nichtachtung wahrscheinlich noch schärfer zum Ausdruck gebracht.

Dieses Treiben der Hakenkreuzbündler aus allen Teilen Deutschlands sollte dartun, wie stark in unserer Republik der monarchistische Gedanke und Anhang noch oder wieder ist, daß er, wie die Dummheit, nicht totzuschlagen, nicht auszurotten sei. Deutschland gilt seit bald zehn Jahren als eine Republik, eine demokratische Republik, die alle Gesinnungen gelten läßt, denn so will es die Demokratie. Der einfache Menschenverstand allerdings findet es nicht im Interesse ihrer Selbsterhaltung gelegen und die Loyalität auf die Spitze getrieben, daß die Republik Bestrebungen, die auf ihre Vernichtung abzielen, derart breiten Spielraum gewährt.

Da aber nun einmal diese antirepublikanische Demonstration sich der regierungsmäßigen Duldung erfreuen durfte, aller polizeilicher Schutz für sie ins Werk gesetzt war, noch so kräftige Gegendemonstration seitens der Arbeitererschaft nichts gebracht hätte, wäre es am Plage gewesen, einseitig die ganze Geschichte auf sich beruhen zu lassen. Kommen wir in Preußen erst soweit wie im Reich, und hat Preußen wieder einen Junker zum Polizeiminister, dann bekommt Berlin selbstredend auch wieder seinen Polizeipräsidenten vom Schlage derer von Jagow usw. Mit der polizeilichen „Neutralität“ würde es dann bei ähnlichen Anlässen ganz anders bestellt sein; auf einen Chef wie von Jagow lauert doch der größte Teil unserer Herren Polizeioffiziere sehnsüchtig und schon längst.

Der Stahlhelmtag und was über ihn hier im Zusammenhang ausgeführt ist, steht mit gewerkschaftlichen Fragen zwar in keinem direkten, wohl aber insofern im indirekten Zusammenhang, als die reaktionäre monarchistische Bewegung doch auch übergreift auf das wirtschaftliche Gebiet und hier ihrem Einfluß Geltung zu verschaffen trachtet.

Was auch Schönes und Gutes über die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung in der Verfassung unserer Republik geschrieben steht, der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft geht sie nur schwache Grenzen, da steht alles nur auf dem Papier. Beispiel: Als die Verfassung gegeben wurde, hatten wir unter den daniederliegenden verworrenen Wirtschaftsverhältnissen den Achtfundentag; heute, wo sich die Wirtschaft saniert hat, sie auflebt, ist den Unternehmern durch Gesetz das Recht eingeräumt, zehn Stunden arbeiten zu lassen.

Es setzen sich wirtschaftliche Gewalt des Besitzes und Reaktion immer mehr durch; ist es einst damit weit genug gekommen, dann werden diese Stahlhelmgardisten ihren

faschistischen Charakter offen zur Schau tragen, sich ihm gemäß gegen die Arbeitererschaft im Dienst des Unternehmertums betätigen.

Eine Niederwerfung der Republik, also ein Sieg des monarchistischen Staatsgedankens, muß naturnotwendigerweise eine gewaltsame Unterdrückungspolitik der Reaktion gegen die freiheitlich gestimmte Arbeitererschaft zur Folge haben. Und da es sich in Wirklichkeit bei einer Aenderung der Staatsform nicht um ideale, sondern um durchaus materielle Dinge handelt, nämlich um die Sicherung einer Mehrung des Besitzes, um die entscheidende Geltendmachung seines Einflusses in Staat und Gesellschaft, deshalb wird sich der Kampf in hervorragender Weise gegen die Gewerkschaften richten; ein Sieg der Reaktion wird zur Todesstunde der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen werden. Dazu bedarf man der Faschisten mit dem Hakenkreuz, dieser Totschläger aus Prinzip. Worauf es ankommt, ist nicht, durch Gegendemonstrationen Schwierigkeiten zu bereiten. Die deutsche Arbeitererschaft hat viel wichtigere Aufgaben und anderes zu tun, den Bestand der gegenwärtigen Staatsverfassung sicherzustellen. Gewiß ist die demokratische Republik in ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit nicht ihr Ideal, jedoch solange nichts Besseres an ihre Stelle gesetzt werden kann, ist sie aber jene Staatsform, durch die eine freie Entfaltung der Arbeiterbewegung gewährleistet wird; es kommt lediglich auf die Machtpositionen an, die sich die Arbeitererschaft im Staats- und Wirtschaftsleben zu erringen vermag. Hier liegt der Schwerpunkt aller unserer politischen und wirtschaftlichen Betätigung.

Genügt die deutsche Arbeitererschaft hier ihren Aufgaben in vollem Maße, ist sie dieser in ihrer Allgemeinheit voll und stets eingedenk und erkennt sie im anmarschierenden Faschismus die drohende Gefahr, von der Reaktion überwunden, zu Boden geworfen zu werden? Es wäre nicht das erste Mal, daß die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Opfer der Reaktion werden; schon vor Jahrzehnten waren sie der Auflösung anheimgefallen, nach zwölfjähriger Verfolgung konnte die deutsche Arbeiterbewegung neue Formationen schaffen. Setzt die Verfolgung nun erneut ein, dann hat darin die Reaktion bereits Erfahrung und Schule genossen, sie wird Mittel zur Anwendung bringen von ungeahnter Härte und im Faschismus zur Geltung kommender persönlicher Rohheit; Italien, wo man freiheitliche Politiker und Gewerkschaftsführer einfach niederschlägt, sie ins Ausland verjagt, um das nackte Leben zu retten, ist dafür ein Beweis; die deutschen Fememorde, bereits nach Hunderten zählend, gehören gleichfalls hierher.

Lernt, ihr deutschen Arbeiter, laßt euch ermahnen, aufzumuntern zur Werbearbeit und zur Geschlossenheit! Die „Einheitsfront“ wird nie und nimmer zustande kommen im Herunterreißen von sozialistischen Parteieinrichtungen, anderer Einstellung als kommunistischer, nicht durch Herabsetzung der Gewerkschaftsarbeit als reformistisch, Verrat üübend, antirevolutionär usw. Auf diesem Wege kommen die beiden Richtungen nicht zusammen, das ist kein getrennt Marschieren, um vereint den Gegner zu schlagen; so gewinnt man aber auch nicht die zahlreiche indifferente Masse, so wird dem Gegner kein Respekt vor der Arbeitermacht abgenötigt.

Soll die Reaktion geschlagen, dem Faschismus der Boden abgegraben werden, dann gilt es, von nun an bis zu den nächsten Reichstagswahlen, mit denen doch gleichzeitig die Wahlen zu den Landesparlamenten verknüpft sind, zielbewußt nach einer Stärkung der Arbeiterkampffront hinzustreben. Das Reichsparlament muß eine Zusammenfugung erhalten, um jede Koalitionspolitik mit Parteigruppen, die im reaktionären Sinne jede Demokratie ablehnen, als ausgeschlossen gelten zu lassen. Das Reichsparlament selbst muß zum Hort der Republik werden, in ihm gilt es, den rechten Flügel bis zur Einflußlosigkeit zu schwächen, aus seiner Machtposition zu vertreiben. Das ist ein weitgestecktes Ziel, eine große und schwere Aufgabe. Jedoch: es ist zu erreichen, die Arbeitererschaft Deutschösterreichs zeigt uns den Weg dahin.

Dort wurden die letzten Parlamentswahlen zu einem wichtigen Vorstoß der Arbeiter. Es fehlen nur noch zwei Prozent der Wahlstimmen und die jetzt schon eingeeengte Macht der Reaktion ist gebrochen. Aber diese zwei Prozent noch zu erobern, ist ein hartes Stück Arbeit. Bis zur Mitte eines hohen Berges zu steigen, geht an, der Weg zu seinem Gipfel jedoch fällt mit jedem Schritt schwerer und schwerer.

Die deutsche Arbeiterbewegung unterscheidet sich sehr zu ihren Ungunsten von der deutschösterreichischen; dort Geschlossenheit der Massen, bei uns klafft eine böse, von gehässiger Agitation vertiefte Kluft. So siegt man nicht, so wird nicht aufgebaut, nicht Macht gesammelt.

Die Arbeitererschaft braucht Parlamentsstärke für alle ihre Forderungen, insbesondere für ihre wirtschaftlichen, und die Sicherung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften. Verkehrt wäre es indessen, alles vom Parlament zu erwarten. Die Gewerkschaften selbst müssen zu einem wirklichen Machtfaktor ausgestaltet werden, in viel höherem Maße, als sie ein solcher heute sind. Ausdehnung und Kräftigung der Gewerkschaften mehr in die Durchschlagskraft der deutschen Arbeiterbewegung, sie sind notwendig im Wirtschaftskampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aus den Kur-Beitragszahlern müssen wir aktiv am Gewerkschaftsleben teilnehmende Mitglieder, Mitkämpfer machen, die noch unorganisierten Berufsgenossen und Berufsgenossinnen haben wir für den Verband zu gewinnen, selbst wenn erstere im Faschistenlager aufgesucht werden müßten. So erstkräftigen wir die Reaktion, entziehen wir ihr die Hilfskräfte. Die Arbeitererschaft wird und muß siegen, ihr gehört die Zukunft, wenn sie ihre Zeit versteht, kämpfen kann, sich kampfbereit macht und hält!

Auf zur Hausagitation!

Aus unserm Beruf

Karlsruhe. In einer gut besuchten Versammlung am 30. April die Kollegen zu dem Ergebnis Lohnverhandlungen Stellung. Ueber den Gang der Verhandlungen berichtete der Bezirksleiter Kollege H u h. Die Verhandlungen wie auch später in den bezirkslichen Verhandlungen von unsern Kollegen mit zäher Energie für Erhöhung der Löhne, entsprechend der gestiegenen Lebenshaltungskosten, entsprechend der gestiegenen Lebenshaltungskosten in kürzester Zeit und mit allen Mitteln zu beseitigen und eine ausreichende Lohnerhöhung in Aussicht zu stellen. — Daß aber solche Lohnabkommen in Zukunft nicht mehr getroffen werden, haben die Kollegen in der Hand.

Stralsund. In der am 9. Mai stattgefundenen, gesuchten Mitgliederversammlung referierte Kollege M Berlin über „Lohnarbitragefragen und ihre Bedeutung für die Organisation“. In klarer Darstellung schilderte er die Entwicklung des Tarifgedankens in der modernen Arbeiterbewegung und die Entwicklung der Lohnpolitik in volkswirtschaftlicher Bedeutung und Auswirkung für die Arbeitererschaft. In der Geschlossenheit und Stärke der Organisation repräsentiert sich die fortschrittliche Entwicklung des Tarifgedankens und die Aufwärtsentwicklung der Lohnpolitik. Darum heißt es heute mehr denn je, die Lebens- und materielle Stärkung des Verbandes mit allen Mitteln zu erstreben. Das erfordert aber auch, den letzten Pfennig zu ersparen und noch Fernstehenden heranzuholen; jeder muß sich einsehen mit seiner ganzen Person, mit seiner ganzen Kraft, zur Vorwärtstreibung der Gewerkschaftsbewegung, zur Erringung und Verwirklichung unserer geschichtlichen Aufgabe, die da ist: Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsform in die sozialistische Gemeinwesen der Mitarbeit und Mitverantwortung im gesamten Wirtschaftskörper, im gesamten Staatsleben. Mit der Mahnung, daß jeder Kollege sich dieser hohen Aufgabe bewußt sein müsse, schloß Kollege Oldorp seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Mit dem Dank der Kollegen an Redner konnte der Vorsitzende feststellen, daß auch die Versammlung ihre Früchte tragen werde zum Wohle der Gewerkschaften unserer Organisation; denn alle Unwägbarkeiten werden nicht versagen bei der einsetzenden Werbearbeit für den Verband.

Berufsunfälle

Frankfurt a. M. Am 30. April verunglückte Markobel infolge Absturz vom Gerüst der 30jährige Kurt Beeser.

In München ist der Schriftführer unserer Organisation Kollege F l e m m e r, auf dem Wege zur Arbeit vom Gerüst gestürzt und hat das linke Schläffelbein gebrochen.

In Schweinfurt ist der Malerlehrling B ö h n e beim Streichen von Leitungsröhren aus 3 bis 4 Meter abgestürzt und hat sich an beiden Armen schwer verletzt. Das Unglück entstand dadurch, daß der Jungkollege von obersten Sprosse der Stehleiter aus arbeitete und dann umkippte.

Baugewerbliches

Bauarbeiter-Schulungskonferenz für Hannover.

Am 15. April tagte zu Hannover eine von der preussischen Landeskommission für Bauarbeiter-Schutz für den Reich der hannoverschen Baugewerkschafts-Berufsgenossen einberufene Bauarbeiter-Schulungskonferenz, die von 7 Delegierten, 53 Delegierten und 2 Bauwerkskontrolloren besetzt war. „Warum Bauarbeiter-Schutz?“ lautete die Frage, über die der Sekretär für Bauarbeiter-Schutz, W. B., Genosse S a c h s, ausführte: Die Unfallgefahr im Baugewerbe sei im Laufe der letzten Jahre ganz bedeutend gestiegen. Ziffernmäßig sei festgestellt, daß im Hochbau im Jahre 1924 52 300 Unfallsmeldungen erfolgt sind, wovon 183 tödlich verließen; im Jahre 1925 wurden 81 500 Unfallsmeldungen gezählt, wovon 818 tödlich waren. Für das Jahr 1926 liegen Ziffern für den Hochbau noch nicht vor, aber nicht zu viel gesagt, wenn mit 100 000 Unfallsmeldungen gerechnet würde. Dies sei gegen 1924 eine Steigerung von 50 000. Für den Tiefbau lagen 1924 16 000 Unfallsmeldungen vor, davon 5200 schwere und 175 tödliche. Jahre 1925 waren es 20 500 Unfälle, 8940 schwere und davon 183 tödlich. Für 1926 sind 30 000 Unfälle gemeldet, davon 214 tödlich. Aus diesen Zahlen ergebe sich, daß die Unfallgefahr im Baugewerbe in der Nachkriegszeit geringer geworden, sondern eine ständige Steigerung aufweist. Die Ursache der Unfälle sei auf die Aenderung der Bauweise zurückzuführen. Auf das Hasten und Jagden der Arbeiter, weil der Grundgedanke des Unternehmers sei, möglichst viel Profit aus der übernommenen Arbeit auszusaugen. Von welchem Gesichtspunkte aus die Gewerbeinspektion die Ursachen der Unfälle betrachten zeigte er an einigen Beispielen. In Bayern sagte er, die Gewerbeinspektion, daß sich die Bauarbeiter den Schuttschuhen, um zu einer Rente zu kommen. Diese Rente sei über die schwere Zeit der Krise hinweggeholfen. In Hannover sollen die hohen Löhne die Ursache der Unfälle sein, nach Meinung der Berliner Gewerbeinspektion Nord-

Nütze jede Gelegenheit zur Werbung für den Verband!

der Bauarbeiter. Wenn von solchen Gesichtspunkten die Unfallgefahr von den maßgebenden Personen betrachtet werde, brauche man sich nicht zu wundern, daß alle Bestrebungen der Bauarbeiterschaft auf Verbesserungen der Vorschriften von diesen Kreisen sabotiert werden. Es ist sich heute, daß die Schutzbestimmungen für Bauarbeiter veraltet seien, nur in größeren Städten sei der Fortschritt zu verzeichnen. Der Einfluß der Arbeiterschaft auf den Bauarbeiterschutz müsse gesteigert werden, weil noch so viele Behörden glauben, ihre Arbeit getan haben, wenn sie die erlassenen Schutzbestimmungen bekanntgeben.

Da die Rationalisierung auch im Baugewerbe schon Eingang gehalten habe, die Maschine sehr stark im Baugewerbe tätig sei und durch die acht- bis zehnjährigen Häuser auch das Eisengerüst eine recht große Rolle spiele, müsse alles versucht werden, um die Bestimmungen gegen die Unfallgefahr zu verbessern. Das Bestreben, für das Deutsche Reich einheitliche Bestimmungen herauszubringen, scheiterte daran, daß die deutsche Republik immer noch 18 Staaten zählt und der solcher Bestimmungen der Polizei der Länder vorliegen sei. Für die kommende Zeit soll eine Musterordnung für das Reich richtunggebend sein, indem man die vorhandenen Unfallverhütungsvorschriften der verschiedenen Berufsgruppen in eine einheitliche Zusammenfassung zusammenbringt; aber es sei zu befürchten, daß es schlechte und unzureichende bestehen bleibt. Außerdem Vertretungen der Bauarbeiter müsse es sein, die die Bestimmungen geschaffen würden, die im Interesse der Bauarbeiterschaft liegen.

Die Debatte über diese Ausführungen war sehr eingehend und wurde von den verschiedenen Rednern im allgemeinen das unterstrichen, was der Referent ausgeführt hat. Darauf sprach Schenk-Hannover über „Die beruflichen Bauarbeiterschutzbestimmungen in Preußen“. Er erklärte, daß es Pflicht der Polizei sei, für den Schutz der Arbeiter an Bauten zu sorgen, das durch Erlaß von Schutzbestimmungen geschehen könne. Die Reichsbehörde habe diesen Auftrag durch die gleiche Aufgabe und ebenfalls die Stadt- und Kreisbehörden. Nach Ansicht des Redners bestehen Verordnungen wohl genug, nur die Arbeiterschaft kenne sie nicht, habe die Landeskommision an alle Bauarbeiterkommissionen das Ersuchen gerichtet, sich in ihrem Bezirk die vorhandene Verordnung zu beschaffen, diese konstatieren, daß die wenigsten Bauarbeiterkommissionen dem Ersuchen nachgekommen sind, daß jetzt das Versäumte nachgeholt werden müsse, dem Sinne möchten die Delegierten folgen. In der Debatte wurden die Ausführungen des Redners bestätigt. Eine entsprechende Entschließung gelangte einstimmig zur Annahme.

Die bisherige provisorische Landeskommision wurde für die Konferenz befähigt.

Entschließung.
Die Bauarbeiterschutzkonferenz in Hannover am 11. und 12. März 1927 für die Provinz Hannover, den Regierungsbezirk Minden, den Freistaaten Braunschweig und Lippe und Schaumburg-Lippe nimmt mit Bedauern und mit dem Kenntnis von der außerordentlichen Zunahme von Unfällen in den Jahren 1925 und 1926. Die Konferenz begrüßt daher den Erlaß des preussischen Ministers für Arbeiterschutz vom 4. März 1927 zur Verbesserung der Arbeiterschutzbestimmungen unter Hinzuziehung der Bauarbeiter (nicht nur Polier) als Bauarbeiter und spricht die Erwartung aus, daß die nachfolgenden Stellen dieser Anordnung des Ministers Folge leisten und weiter von sich aus alles tun, was zur Eindämmung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Baugewerbe erforderlich ist.

Die Konferenz ruft auch die gesamte Bauarbeiterschaft auf, den Kampf gegen die beruflichen Gefahren im Baugewerbe mit Einsatz aller Kräfte zu führen. Hierzu sollen an allen Orten Bauarbeiterschutzkommissionen zu bilden. Diese am Bauarbeiterschutz interessierten Gewerkschaften müssen in dieser Kommission vertreten sein. Zur Zusammenfassung aller Bauarbeiterschutzkommissionen wird eine Landeskommision für Bauarbeiterschutz gebildet. Der Vorsitz der Landeskommision ist Hannover. Sie hat insbesondere die Aufgabe, die Ausgestaltung des Bauarbeiterplans zu fördern, die örtlichen Kommissionen zu unterstützen und Anregungen zu unterstützen und die Maßnahmen für den Bauarbeiterschutz zu unterhalten.

In den baugewerblichen Arbeitern des Bezirks wird es gewünscht, daß sie alle Bestrebungen zur Verminderung der Unfall- und Gesundheitsgefahren durch eifrige Mitarbeit unterstützen.

Gewerkschaftliches

Entwicklung der Tariflöhne. Das Frühjahr dieses Jahres ist eine Zeit der Lohnbewegungen. Auf der ganzen Welt sind und werden Bewegungen geführt, die eine Erhöhung der Löhne zum Ziel haben. Zum großen Teil sind diese Bewegungen erfolgreich. Nach den Berechnungen des Reichsamts betrug der durchschnittliche Lohn für gelernte Arbeiter: im Juli 1926 45,92 M., im Januar 1927 46,36 M. und im März 1927 46,93 M. Für ungelernete Arbeiter betrug der durchschnittliche Wochenlohn im Juli vorigen Jahres 33,91 M., im Januar 1927 34,46 M. und im März 1927 34,27 M. Diese Lohnsätze gelten natürlich nur für die gewöhnliche Arbeitszeit. Für gelernte Arbeiter konnte im dem Dreivierteljahr eine Lohnsteigerung von 10% erzielt werden. Bei den ungelernen Arbeitern war dies weniger. Der durchschnittliche Wochenlohn für die in den Produktionsindustrien betrug im März für den Arbeiter 48,09 M., und für Ungelernte 34,94 M.

In den Verbrauchsgüterindustrien wurden im Durchschnitt im März an gelernte Arbeiter und Arbeiterinnen 39,29 M. und an Ungelernte 33,73 M. gezahlt. Die aus Anlaß der Lohnbewegungen und andern Gründen geführten Lohnbewegungen und deren Resultate sind in obigen Ziffern zum größten Teil nicht enthalten. Somit werden sich für April und Mai höhere Ziffern ergeben. Der Kampf der Gewerkschaften zur Verbesserung der Lebenshaltung war, wie obige Zahlen beweisen, nicht ohne Erfolg.

Stand der Arbeitslosigkeit vom 15. April 1927.

| Von der Erwerbslosenfürsorge | Unterstützte | | zusammen |
|--|--------------|----------|-----------|
| | männlich | weiblich | |
| Am 15. März | 1 222 197 | 213 470 | 1 435 667 |
| Vom 16. März bis 15. April betrug der Abgang | 658 078 | 97 955 | 756 033 |
| betrug der Zugang | 255 805 | 51 745 | 307 550 |
| Am 15. April Unterstützte .. | 819 724 | 167 260 | 986 984 |
| Von dem Abgang waren ausgeteuert | 50 862 | 11 387 | 62 249 |
| Von der Krisenfürsorge | Unterstützte | | |
| Am 15. März Unterstützte .. | 183 445 | 39 912 | 223 357 |
| Vom 16. März bis 15. April betrug der Abgang | 60 575 | 10 996 | 71 571 |
| betrug der Zugang | 68 370 | 14 114 | 82 484 |
| Am 15. April Unterstützte .. | 191 240 | 43 030 | 234 270 |
| Von dem Abgang wurden zur Notstandsarbeit vermittelt | | | 18 234 |

Zuschlagsempfänger am 15. April

| | | |
|--|-----------|----------|
| in Erwerbslosenfürsorge | 1 124 441 | Personen |
| in Krisenfürsorge | 263 582 | " |
| Am 15. April waren Jugendliche unter 18 Jahren in Unterstufung | 16 852 | " |
| Mit Pflichtarbeiten wurden beschäftigt | 91 733 | " |
| Mit Notstandsarbeiten wurd. beschäftigt | | " |
| a) Erwerbslosenfürsorge | 146 491 | " |
| b) Krisenfürsorge | 30 290 | " |
| Von den in der Erwerbslosenfürsorge Unterstufung hatten eine Unterstufungsdauer: | | |
| bis 13 Wochen | 341 190 | Personen |
| über 13 bis 26 Wochen | 283 277 | " |
| " 26 " 39 " | 193 682 | " |
| " 39 " 52 " | 168 835 | " |

Die Gesamtkosten der Fürsorge betragen i. Monat März 1927:

| | | |
|-------------------------------|------------|------|
| a) Erwerbslosenfürsorge | 97 805 726 | Mark |
| b) Krisenfürsorge | 16 491 692 | " |

Sinkende Lebenslage. In dem soeben erschienenen Jahresbericht des Ortsausschusses München des ADGB für 1926 werden wie früher alle Probleme des so vielfältig ausstrahlenden Gewerkschaftslebens mit großer Sachkenntnis behandelt. Beachtenswert ist besonders das Ergebnis einer laufend geführten Statistik über das Realeinkommen und die Löhne der Münchener Arbeiter. Der Bericht stellt als Resultat folgendes fest: Bei den unserer Statistik zugrunde gelegten Industriegruppen sind mit Ausnahme der Bauhilfsarbeiter, für die eine Lohnherabsetzung ab 1. April um 6 1/2 % pro Stunde, 6,1 %, eintrat, die Löhne im Berichtsjahr gleichgeblieben. Die Leuerung konnte also nicht ausgeglichen werden. Das Bruttomonatseinkommen ist vom Januar bis Dezember bei der Holz-, Bau-, Metall-, Brau- und Graphischen Industrie für Facharbeiter um durchschnittlich 3,1 % gesunken. Es ist in München dasselbe wie überall. Das Realeinkommen der Arbeiter hat sich nicht gehoben, sondern gesenkt. Die Unternehmer wundern sich, daß die Lohnbewegung im Jahre 1927 ein besonderes Ausmaß erreichte, wo sie dies doch an Hand der Feststellungen über das Realeinkommen durchaus natürlich finden müßten. — Der Münchener Ortsbericht führt wieder eindringlich die Tatsache vor Augen, daß die Gewerkschaftsbewegung bei geschickter Leitung zum Prisma wird, in dem sich alle Strahlen des öffentlichen Lebens brechen.

Lebenshaltungszindex und Leistung. Bei den zahlreichen Lohnbewegungen, die zur Zeit in Deutschland geführt werden, spielen die Indexzahlen bei den Verhandlungen und vor dem Schlichter eine wichtige Rolle. Dabei fällt allgemein auf, daß die Unternehmer überall den Lohnstand mit den Jahren der Vorkriegszeit in Vergleich stellen. Hat eine Gruppe von Arbeitern 140 bis 145 % der Vorkriegslohn erreicht, dann wird bestimmt versucht, jede weitere Erhöhung abzulehnen. Dabei steht in den meisten Fällen fest, daß die Werke und Betriebe oft gar nicht mehr mit der Vorkriegszeit zu vergleichen sind, noch weniger die Leistungen und Ansprüche, die man heute an jeden einzelnen Arbeiter stellt. Wenn Löhne und Gehälter heute dem Index entsprechend der Vorkriegszeit angeglichen werden, dann ist damit erst ein Vergleich in einer Beziehung geschaffen. Sollte zur gleichen Zeit die Leistung des einzelnen Mannes beispielsweise 20 oder 30 % über der der Vorkriegszeit liegen, dann wäre es nur gerecht, wenn von dieser Mehrleistung dem Arbeiter ein angemessener Anteil als Mehrlohn zufließen würde. Das geschieht in den meisten Fällen nicht. Beobachtet man heute die Verhältnisse in der Schwer- oder in der verarbeitenden Industrie, im Kleingewerbe oder sonstwo, überall sind die Leistungen auf die Spitze getrieben. Der entsprechende Lohnanteil oder Mehrverdienst fließt aber keineswegs den Beschäftigten zu. Es wird Zeit, daß die Arbeiterschaft auch dieser Seite des Lohnproblems mehr Beachtung schenkt. Vor allem gilt es, die zahlreichen Unorganisierten andauernd dahin aufzuklären, sonst bleiben die Hand- und Kopfarbeiter trotz aller Lohnangleichung immer noch die Geschädigten.

Ueberarbeit und Entlohnung. Der Kampf um den Achtstundentag geht weiter. Zahlreiche Schiedsprüche der letzten Zeit bringen kleine Verkürzungen, einen kleinen Abbau der meist durch Schiedspruch festgelegten oder den Gewerkschaften sonstwie aufgezwungenen Arbeitszeiten. Leider ist auch heute oftmals zu beobachten, daß auf der einen Seite neben der verlängerten Arbeitszeit noch Ueberarbeit gefordert wird, während im gleichen Gewerbe zahlreiche Erwerbslose vergeblich nach Arbeit Umschau halten. Die Gewerkschaften haben oft genug betont, daß dieser Zustand auf die Dauer unerträglich ist. Wir dürfen aber nicht den Kampf für den Achtstundentag den Organisationen allein überlassen, sondern in jedem Betriebe muß dieser Kampf in Erscheinung treten. Besonders wo Ueberarbeiten beachtet werden. Ist durch Schiedspruch oder Vertrag eine verlängerte Arbeitszeit rechtskräftig geworden, dann hat nicht nur der Arbeiter die Pflicht, diese Zeit zu arbeiten, sondern der Unternehmer ist ebenso verpflichtet, diese tarifliche Arbeitszeit zu bezahlen, selbst wenn er vorübergehend keine Beschäftigung in genügendem Umfange hat. Hier müßte mehr als bisher darauf gedrängt werden, daß die Ausfallstunden oder -tage auch bezahlt werden. In solchen Tarifgebieten, wo die Einlegung von Ferialschichten ausdrücklich oder durch Arbeitsordnung tariflich geregelt ist und eine Bezahlung der Ferialschichten vertraglich abgedungen ist, können natürlich keine Ansprüche gestellt werden.

Ein Gesetz gegen die Gewerkschaften ist dem englischen Unterhause unterbreitet worden. Danach sind Streiks, die den Zweck haben, auf die Regierung einen Zwang auszuüben oder die Öffentlichkeit einzuschüchtern, ferner Streiks, die mit einem Konflikt in der betreffenden Industrie nichts zu tun haben, ungesetzlich. Die Teilnehmer oder Förderer solcher ungesetzlichen Aktionen können schwer bestraft werden. Alle, die sich weigern, an einem ungesetzlichen Streik teilzunehmen, werden beschützt, während die Gewerkschaften, die an einem ungesetzlichen Streik teilnehmen, des ihnen und ihren Mitgliedern auf Grund des Gesetzes, betreffend die Arbeitskonflikte, zustehenden Schutzes verlustig geben. Das Streikpostensystem ist verboten, wenn die Streikposten so zahlreich sind, daß sie zu Einschüchterungsmaßnahmen übergehen. Streikpostensystem vor Häusern von Nichtstreikenden ist ungesetzlich. Die Gewerkschaften dürfen ihre Mitglieder nicht zur Beitragsleistung zu politischen Fonds zwingen, wenn sie nicht schriftlich dazu ihre Zustimmung geben. Die politischen Fonds müssen von den allgemeinen Fonds, die nicht für politische Zwecke verwendet werden dürfen, getrennt werden. Die Staatsbeamten können nur Mitglieder von Gewerkschaften werden, die nicht politischen Parteien angeschlossen sind. Öffentliche Behörden können keine Beamten zwingen oder ihnen verbieten, einer Gewerkschaft anzugehören. Nehmen Beamte ohne Inachtnahme eines anständigen Rindigungsstermins an einem Streik teil, so können sie empfindlich bestraft werden. — Die Gegenwehr der englischen Gewerkschaften mit Unterstützung der Arbeiterpartei hat in scharfer Weise eingegriffen, was auch die Kämpfe im Parlament jetzt kundtun. Das Vorgehen der englischen Reaktion zeigt aufs deutlichste, daß selbst die alte englische Gewerkschaftsbewegung vor Anschlägen auf ihre Existenz nicht sicher ist. Die Arbeiterschaft in allen Ländern hat Grund, wachsam zu sein, ihre Geschlossenheit zu wahren und ihre Organisationen weiter zu stärken. Kein Arbeiter darf mehr außerhalb seiner Gewerkschaft stehen!

Genossenschaftliches

Genossenschaftliche Ferienheime. Die Ferienheimgenossenschaft Naturfreunde, Jena, Marienstr. 2, unterhält eine Anzahl Heime in herrlicher Lage, die geschmackvoll und praktisch eingerichtet und neben diesen Vorzügen auch noch äußerst preiswert sind. Genossenschaftsmitglieder zahlen pro Tag und Bett 80 1/2 bis 1 M., Kinder bis zu 14 Jahren die Hälfte. Mitglieder der freien Gewerkschaften gegen Vorlegung des Verbandsbuches 1 M. und 1,20 M. pro Bett und Tag. Fremde 1,20 bis 1,50 M. Bettwäsche ist mitzubringen, sonst pro Woche Leihgebühr 1 M. Die Beköstigung kann im Heim bezogen werden, auf Wunsch wird volle Pension gewährt für 3,50 M. pro Tag für Mitglieder. Wer besonders billig leben will, kann sich in der Gemeinschaftsküche Speisen und Getränke selbst herstellen. Sämtliche Lebensmittel sind im Heim zu haben. In jedem Heim ist ein Lesezimmer und Aufenthaltsraum. Jedermann, der das Statut anerkennt, kann Mitglied der Genossenschaft werden und hat besondere Vorteile. Das Beitrittsgeld beträgt 1 M., der Mitgliederanteil 15 M., der aber in Raten von 50 1/2 eingezahlt werden kann. Wer die Heime als Mitglied in Anspruch nimmt, muß die Hälfte des Anteils entrichtet haben. Die Genossenschaft besitzt folgende Ferienheime: 1. Stufenhaus am Aldersberg (Thüringer Wald); 2. Friedrichsroda; 3. Eisenhammer (Abener Heide); 4. Muldenhaus (Rautenkranz im Vogtland); 5. Steigerhaus bei Saalfeld in Thüringen. Daneben unterhält die Genossenschaft noch mehrere Wanderheime im Thüringer Wald und in der Heide, die durch den Vorstand in Jena, Marienstr. 2, zu erfahren sind, und der auch gern weitere Auskunft erteilt. (Anfragen Rückporto beifügen.)

Sozialpolitisches

Abbau der Erwerbslosenfürsorge. Trotz aller Warnungen der Gewerkschaften hatte der Reichsarbeitsminister mit Wirkung vom 1. Mai d. J. angeordnet, daß die Höchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge für das

Spinnstoffgewerbe, das Vielfältigungsgewerbe und die Gärtnerei auf 26 Wochen festgesetzt wird. Der Minister begründete diesen Abbau in der Erwerbslosenfürsorge mit dem Hinweis, daß bei diesen Gewerben von einem ungünstigen Arbeitsmarkt keine Rede mehr sein könne. In seinem Rundschreiben an die obersten Landesbehörden wies er darauf hin, daß auch in anderen Verufen der Arbeitsmarkt sich günstig entwickelt habe und deshalb auch dort zu prüfen sei, ob eine Ausdehnung der normalen Höchstdauer der Unterstützung noch gerechtfertigt sei. Der Reichsarbeitsminister bezeichnet als solche insbesondere das Baugewerbe mit seinen Hilfsbetrieben und die Baustoffherstellung. — Am 12. Mai lag nun dem Reichsrat die Verordnung der Reichsregierung vor, betreffend Einschränkung der Krisenfürsorge, insbesondere für das Baugewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Vielfältigungsgewerbe und Hausgewerbetreibende, sowie eine weitere Einschränkung der einzelnen Bezirke, in denen die Erwerbslosigkeit keinen großen Umfang mehr hat, war von den Ausschüssen des Reichsrats dahin abgeändert worden, daß die zweite örtliche Einschränkung gestrichelt wurde. Namens der preussischen Regierung beantragte Staatssekretär Weismann die Ablehnung der gesamten Verordnung sowie namentliche Abstimmung darüber. Die Vollversammlung lehnte die Verordnung mit 41 gegen 26 Stimmen ab.

Die Preisentwicklung in Deutschland und anderwärts.

Bekanntlich hatte der Krieg mit seinen verheerenden Folgen eine Erschütterung des Preisgebäudes gebracht. Die Großhandelspreise stehen in allen Ländern weit über denen der Vorkriegszeit. Nach und nach findet ein Ausgleich statt. Es ist nun interessant, zu beobachten, wie in den Ländern mit fester Valuta die Entwicklung der Großhandelspreise vor sich geht. Folgende Zusammenstellung mag hierüber Auskunft geben:

| | Deutschland | England | U. S. A. | Schweden | Dänemark | Holland |
|-------------|-------------|---------|----------|----------|----------|---------|
| 1926 Januar | 135,8 | 158 | 149 | 150 | 151 | 153 |
| Juli | 133,1 | 153 | 137 | 143 | 143 | 141 |
| Dezember | 137,1 | 149 | 139 | 141 | 141 | 147 |
| 1927 März | 135,0 | 148 | 136 | 139 | 138 | 144 |

Betrachtet man die ganze Zeitspanne von 15 Monaten, so sind nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes die Großhandelspreise in Deutschland stehengeblieben. Sie hatten sich bis Juli 1926 etwas gesenkt, sind aber im März 1927 wieder auf den alten Stand zurückgekehrt. Bei allen übrigen Ländern hat sich eine fast gleichmäßige Senkung um 10 und mehr Punkte vollzogen. Als Ganzes ist also festzustellen, daß die Preisentwicklung in allen Ländern ununterbrochen Fortschritte gemacht hat, währenddessen in Deutschland die Großhandelspreise seit 15 Monaten stabil sind.

Die Stabilität der Großhandelspreise hat aber hierzulande keine Stabilität der Lebenshaltungskosten zur Folge gehabt. Der Lebenshaltungskostenzetrum im Januar 1926 139,8 und ist im März 1927 auf 144,9, also um 5 Punkte, in die Höhe gegangen. Hieran ist zu ersehen, daß die Lebenshaltungskosten durchaus nicht mit den Großhandelspreisen übereinstimmen. Bei der Bewertung des Lebensstandards der großen Masse des Volkes muß dies beachtet werden.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Die Mechanisierung des Arbeitslebens. Die Einfröhmigkeit der Arbeit, wie sie die zunehmende Mechanisierung des Arbeitslebens mit sich bringt, ist auch nach den neuen Untersuchungen von großem gesundheitlichen Schaden. So entstehen zum Beispiel bei starker Inanspruchnahme der Hände, wie jetzt erwiesen ist, Berufskrankheiten der Hände. Das Leiden ist zunächst nur leicht, und es kann vorübergehend sein, doch kann die Krankheit nach neuen Beobachtungen chronisch werden und damit langandauernde Arbeitsausfälle verursachen. Es wird deshalb von wissenschaftlicher Seite eine Begrenzung der Inanspruchnahme des Körpers verlangt. Als sehr zweckmäßig erwiesen sich Pausen von 5 Minuten nach 55 Minuten Arbeit. Trotz dieser Pausen stieg die Leistung und die Ermüdungserscheinungen gingen merklich zurück. Und so ist es auf allen Gebieten des Arbeitslebens: die fanatisch kleinliche und gierige Ausbeutung durch den Kapitalismus ist unwirtschaftlich und unsozial in einem.

Der Wert der Hygiene. Untersuchungen, über die Professor Dr. Spitta in den Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt berichtet, haben ergeben, daß durch das Waschen der Hände rund 90 % der an den Händen haftenden Keime entfernt werden. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Ergebnissen früherer Untersuchungen. Weitere Versuche haben namentlich ergeben, daß auch der Rest der Keime durch das Reiben mit dem Handtuch entfernt wird. Aber es wurde zugleich bewiesen, daß das Handtuch wiederum die Keime übertragen kann. Das ist besonders von unseren Kollegen zu beachten, für die nach den Bestimmungen der Bleiweißverordnung wöchentlich ein Handtuch nebst Seife und Nagelbürste geliefert werden muß. Die Möglichkeit zur gründlichen Händereinigung vor den Spielpausen und am Schluß der Arbeitszeit muß an allen Arbeitsstellen vorhanden sein; jeder einzelne muß sein eigenes Handtuch haben.

Arbeiterveränderung

An die Vorstandsmitglieder der Betriebskrankenkassen Südwestdeutschlands!

In den nächsten Monaten finden die Jahresversammlungen der Betriebskrankenkassen statt. Wer bestimmt die Delegierten zu den Tagungen der Krankenkassen und Vereinigungen?

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 4 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

Nach der AVO. werden die Geschäfte der Krankenkassen durch Vorstand und Ausschuß geführt. Der Vorstand verwaltet die Kasse, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Zur laufenden Verwaltungstätigkeit der Kasse gehört auch die Bezeichnung der Vertreter der Krankenkasse für die Tagungen der Krankenkassenvereinigungen. Zu diesem Zweck hat der Vorstand in einer unter Angabe der Tagesordnung fristgemäß einzuberufenden Sitzung die Zahl und Namen der Delegierten für die Verbandstagung zu bestimmen und festzulegen, welche Delegierten das Stimmrecht der Kasse wahrzunehmen haben. Bei den Betriebskrankenkassen trifft an die Stelle der gewählten Arbeitgeber der Betriebsunternehmer oder sein Stellvertreter. Die Satzungen der meisten Betriebskrankenkassen enthalten die Vorschrift, daß der Vorsitzende des Vorstandes oder sein Vertreter die Kasse, besonders in bestimmten, näher bezeichneten aktuellen Fällen, vertritt. Von einer Ernennung der Delegierten ist dabei nicht die Rede. Der Vorsitzende oder sein Vertreter kann deshalb nicht ohne Zustimmung des Vorstandes die Delegierten für die Verbandstagung benennen oder zur Vertretung der Kasse zur Verbandstagung sich selbst delegieren. Ebenjowenig kann der Geschäftsführer der Kasse dieses Recht für sich allein in Anspruch nehmen.

Nach § 414 der AVO. können für Kassenvereinigungen, die den allgemeinen Zwecken der Krankenhilfe dienen, Kassenmittel nur mit Zustimmung der Mehrheit beider Gruppen im Vorstand verwendet werden.

Im Interesse der Versicherten muß deshalb von den Vorstandsmitgliedern der Betriebskrankenkassen streng darauf geachtet werden, daß die Delegierten für die Tagungen der Krankenkassenvereinigungen in der oben dargelegten Weise durch die Vorstände der einzelnen Krankenkassen bestimmt werden und ihnen die Einladungen und Tagesordnungen der Kassenverbände vor der Tagung bekanntgegeben werden.

Bezirkssekretariat des AVOB für Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck ge. Wilhelm Leuchner.

Vom Ausland

Schweden. Der Kollege Otto Ljungquist, Vorsitzender unseres schwedischen Bruderverbandes, wurde am 17. Mai 50 Jahre alt. Wir entbieten dem wackeren Mitkämpfer in unserer Maler-Internationale, dem bewährten Führer der schwedischen Kollegenschaft unsere herzlichsten Glückwünsche! Möge es ihm vergönnt sein, noch lange Jahre seines schweren, verantwortlichen Amtes zu walten.

Fünftes Jahrbuch des IGB. 1927. Teil I.

Der IGB. ist die einzige Internationale, die regelmäßig eine ausführliche Statistik der Mitgliederzahlen der ihr angeschlossenen Organisationen sowie der internationalen Berufssekretariate herausgibt. Das Jahrbuch des IGB., in dem dieses umfangreiche Material verarbeitet ist, nimmt vor allem auch deshalb einen ganz besonderen Platz ein, weil der IGB. die stärkste Internationale der Welt ist und die dem IGB. angeschlossenen Organisationen 35 % der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Welt erfassen. Die vergangenen Jahre haben bewiesen, dass der IGB. mit der Herausgabe seines Jahrbuches einem Bedürfnis entspricht. Da die Ausgabe in zwei Teilen erfolgt, konnte der erste Teil, der das wichtigste Material, das heißt, die statistischen Angaben enthält, viel früher als üblich herausgegeben werden. Wer sich über die Zusammensetzung des IGB., seine Mitgliederzahlen, Instanzen und Organe unterrichten will; wer die Namen (Übersetzungen in deutscher, französischer und englischer Sprache) der jeder Landeszentrale angeschlossenen Organisationen, ihre Mitgliederzahlen (gesondert in Männer und Frauen), Adressen und Berufsorgane zu kennen wünscht; wer sich von der Zusammensetzung des ganzen Apparates der Internationalen

Berufssekretariate ein Bild machen will; wer die Namen der Arbeiterbildungsinstitutionen der verschiedenen Länder erfahren will, ferner die bei der Genossenschaft internationale angeschlossenen Organisationen, die Namen Adressen und Mitgliederzahlen der der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Sozialistischen Jugend-Internationale angehörenden Organisationen, kurzum, alle Angaben über die freie internationale Gewerkschaftsbewegung zu besitzen wünscht, verschaffe sich das Fünftes Jahrbuch des IGB. 1927, Teil I, das in einem Umfange von 160 Seiten mit französischem, deutschem und holländischem Text versehen ist. Alle Berufs- und politischen Organisationen, alle, die in der Arbeiterbewegung eine leitende Stelle bekleiden, sollen das Fünftes Jahrbuch des IGB. besitzen! Für Bestellungen wende man sich an die Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14, Invalidenstrasse 6. Preis 4 M.

Literarisches

Das Heft der „Arbeiter-Jugend“ läßt schon in der äußeren Gestalt erkennen, daß es vorwiegend dem Feiertagsarbeitsgewerbe ist. Das Heft bringt einen vollen Einblattschnitt eines jungen Künstlers, der den Ratung der Jugend symbolisiert. Auch die Beilage „Die Arbeiterbewegung“ enthält eine Fülle von höchst aktuellen und interessanten Aufsätzen, englischen Dichter Bernard Shaw, von Wilhelm Soliman, Hermann Wendel, A. Gerold. Die Beilage „Kultur und Leben“ steht diesmal im Zeichen des belgischen Malers M. Masereel, dessen Schaffen Viktor Engels in einem in den Heften der „Arbeiter-Jugend“ abgedruckten Aufsatz behandelt. Die Reproduktionen sind eindrucksvoll die enge Verbundenheit des Künstlers mit der Idee der sozialistischen Bewegung. Otto Rühle veröffentlicht einen Sprechchor „Frühlingsstürme“, während Kurt Eisner eine Novelle „Der Mai der vier Raben“ beigefügt. Außerdem sind Max Barthelemy und Alfred Schmitt in Malerarbeiten vertreten. So bietet das Heft eine Fülle von effektvollen, belehrenden und unterhaltenden Stoffen. Das Heft kostet 25 H und kann durch jede Postanstalt oder Buchhandlung bezogen werden.

Was jeder Kunstliebhaber wissen muß. Von der Kunst. Ein Lehr- und Bastelbuch für Kunstfreunde ohne Vorkenntnisse. 80 S. 80 Abbildungen und ein Bauplan für ein Soewe-Mehrfachrohrgerät. Preis Broschüre 2,25 M. Selbstverlag, Meißner, Voetenweg 5. Die Broschüre wendet sich hauptsächlich an Selbstbauer von Radios, ist aber auch für die übrigen Kunstliebhaber wertvoll durch vielseitige, lehrreiche Handlung der für Kunstfreunde unentbehrlichen Kenntnisse in der Kunst der Bastelarbeiten und Beherrschung einer Anlage. Besonders merkwürdig sind die Grundbegriffe der Radiotechnik, die Erklärung aller Einzelteile sowie die der Röhrentopologie. Die weitestgehenden Störungsbehebungen sind leicht verständlich dargestellt, um den Besitzer des Buches Zeit und Geld für Reparaturen am Empfangsgerät zu ersparen. Das Buch ist ein Lehr- und Bastelbuch; denn jeder Baue kann mit Hilfe des Buches bei nur einigermaßen Geschicklichkeit sich sein Gerät herstellen. So gibt der Verfasser u. a. wertvolle Anweisungen zum Selbstbau von a) Handspulen, Erdleitungen, b) Zimmer- und Rahmenantennen sowie zur Selbstanfertigung eines Detektor-, eines Doppelgitterröhren- und eines nach den neuesten Erfahrungen geschaffenen Soewe-Mehrfachrohrempfängers (H F und 2 x H F). Das Buch wird allen Interessenten willkommen sein.

Karl Seering: 1919/20 im Wetter- und Wattenfeld. Aufzeichnungen und Erinnerungen des Staatsministers außer Dienst Karl Seering, ehemaligen Reichsstaatskommissars im Wehrbereich des VII. Armeekorps. Tag der Buchhandlung „Kollwitz“, Bielefeld, Straße 6. Preis 4,75 M. In den Jahren 1919/20 haben die einschneidenden Indusriefälle Ereignisse der außerordentlichen Bedeutung für die deutsche Republik abgepielt. Hier zur Zeit eingegriffen zu haben, ist das beständige Verdienst des Verfassers, der in seinem Buch offen und sachlich alle in den kommenden Vorgänge darlegt, wie sie sich auseinanderlosten von den ersten Kämpfen an, dem Generalstreik und seinem Zusammenbruch, dem Eisenbahnerstreik, der Kohlennot, dem Streik der Massen, dem Sicherheits- und Einwohnervorwachen, dem Watter und Rapp-Buß, bis zum letzten Akt nach dem Sturz der Reichswehr abgepielt haben. Das gut ausgestattete Buch wird besonders allen, die diese harten Kampfjahre miterlebt haben, willkommen sein.

Arbeiterrat Groß-Hamburg. Jahresbericht 1926. Der Arbeiterrat Groß-Hamburg ist eine auf Grund der Hamburger Staatsverfassung gebildete Körperschaft, die wirtschaftliche und nehmlich soziale Aufgaben zu erfüllen hat. Die eigentliche Geschäftsführung wird vom Syndikus Richard Gierlich bei dem eine Exekutive von 13 Personen zur Seite steht. Der Jahresbericht des Arbeiterrats für 1926 gibt Zeugnis für das viele Wirken und auch von den Widerständen, die von der vordringenden Arbeiterkraft noch zu überwinden sind. In den Kämpfen um ihre Ziele findet die Hamburger Arbeiterkraft im Arbeiterrat eine gute Hilfe.

Die Wohnungsfrage und die Bedeutung der sozialen Betriebe. Von Karl Hermann Müntter a. D., Bezirksleiter des Verbandes sozialer Handbetriebe. Herausgegeben vom Verband sozialer Handbetriebe G. m. b. H., Berlin 1927. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14, Inselstraße 6. Preis 50 H.

Vom 15. bis 22. Mai ist die 20. Beiragswoche

Sterbetafel.

Frankfurt a. Main. Am 16. April starb unsere Kollege Marie Bolker im Alter von 53 Jahren. Nach langem, schwerem Leiden (Lungen tuberkulose) schied am 30. April unser langjähriges, treues Mitglied der Kollege Ludwig Genseler. Kollege Genseler war mehrere Jahre Vorsitzender der Lackierer- und zuletzt besoldeter Einkassierer für die Stadt Frankfurt.

Mainz. Am 21. April starb nach längerem Leiden Kollege Jacob Willig zu Hargenheim-Kreuz im Alter von 32 Jahren.

Nürnberg. Am 26. April starb an einem Magenleiden unser langjähriges Mitglied, der Kollege Georg G. im Alter von 46 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Mehrere Lactiere

mit modernem Sprühverfahren durchaus vertraut, bei Lohn auf sofort gesucht. Angebote an Ritter H. G., Durlach b. Karlsruhe